

Zeitschrift: Archiv des Historischen Vereins des Kantons Bern

Herausgeber: Historischer Verein des Kantons Bern

Band: 79 (1996)

Artikel: Geschichte des Kantons Bern seit 1798. Band 3, Tradition und Aufbruch 1881-1995

Autor: Junker, Beat

Kapitel: 2: Bewahrung und Erneuerung in Konflikten zu Stadt und Land

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1070982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

II. KAPITEL

BEWAHRUNG UND ERNEUERUNG IN KONFLIKTEN ZU STADT UND LAND

1. ULRICH DÜRRENMATT UND DIE GRÜNDUNG DER VOLKSPARTEI

Beim Abstimmungskampf von 1877 um die nachträgliche Genehmigung der «Vorschussmillion» war den Gegnern der freisinnig dominierten Kantonsregierung unerwartete Hilfe erwachsen durch die Flugschrift «Mutz, wach' uf! Brief vo Chrischte Frymueth a's Bärner Volch: Isch's Bärner Regiment 935 000 Fränkli wärth?» Ihr Verfasser distanzierte sich zwar von den «Ultramontanen und den Herren vom Eidgenössischen Verein» sowie von den «katholischen und konservativen Blättern», aber er selber feuerte in seiner dreisigseitigen Broschüre Breitseiten gegen die bisherige Exekutive wie auch gegen den Grossen Rat und die Radikalen überhaupt, obwohl er sich an die «freisinnigen und freidenkenden und freiglaubenden Berner» wandte. Für seine Argumente griff er erstaunlicherweise viel stärker auf die Ereignisse beim Kulturkampf im Nordjura zurück als auf die Eisenbahnaffäre. Wirkte die Prosa von «Mutz, wach' uf!» gelegentlich noch etwas weitschweifig, so fielen die Hiebe des gleichen Verfassers 1878 wuchtiger und zielsicherer, als er mit dem Bändchen «Bärentalpen» nochmals in den politischen Tageskampf eingriff. Es vereinigte knappe, prägnante Gedichte, teils in Mundart, teils in Hochdeutsch, oft als Parodien den Texten oder Melodien bekannter Volkslieder und Balladen nachgestaltet, die den Gegner mit ätzendem Spott und sicheren Pointen trafen. Erst die «Neuen Bärentalpen» von 1882 lüfteten das Geheimnis um den Autor: «Chrischte Frymueth» war Ulrich Dürrenmatt.

Er war am 20. April 1849 als jüngstes von neun Kindern einer Kleinbauernfamilie in Guggisberg geboren worden. Der Dorflehrer entdeckte und förderte die Talente des Knaben, und so trat Dürrenmatt 1865 ins Lehrerseminar ein – nicht etwa in das betont

evangelisch-christliche am Muristalden, wie man es von seiner späteren Entwicklung her vielleicht vermutet hätte, sondern in das staatliche in Münchenbuchsee. Hier übernahm er liberale Ideen für die Politik bereitwillig, während er im Bereich des Glaubens den positiv-christlichen Traditionen seines Elternhauses treu blieb.

Von 1868 an wirkte Dürrenmatt an verschiedenen Schulen und studierte daneben als Autodidakt unter anderem alte Sprachen. Entsprechend dem Geist, in dem er im Lehrerseminar erzogen worden war, gehörte er dem radikalen Lehrerkub und dem Grütliverein an.

Von 1873 an unterrichtete er (in französischer Sprache) am Progymnasium in Delsberg und veröffentlichte hier als «U. Présec» einzelne Artikel in der Presse. In Gemeindefragen stritt er sich mit dem späteren Regierungsrat Albert Gobat, und die beiden gerieten auch später immer wieder aneinander.

Der Kulturkampf trieb Dürrenmatt in eine kritische Haltung der Berner Kantonsregierung gegenüber. Deshalb wurde seine Stellung nach und nach unerquicklich, und so zog er (mit kurzen weiteren Zwischenstationen) nach Thun ans Progymnasium. Daneben betätigte er sich immer stärker als Politiker und Journalist, und bald führte sein Tadel an der bernischen Eisenbahnpolitik und an den Behörden überhaupt zum Bruch mit den Freisinnigen und zum Übertritt zu den Konservativen.

Zu seinem Parteiwechsel dichtete er:

«Den glänzend schwarzen Kirschen,
Seht, Freunde und gewahrt's:
Ist's just wie mir gegangen –
Erst röthlich und dann schwarz.

Und also geht's im Leben,
Ich glaub'es fest und steif:
Wer roth, ist noch nicht zeitig,
Wer schwarz ist, der ist reif.»

Sein alter Freund Hans Nydegger erwarb 1877 Verlag und Redaktion der bisher liberalen «Berner Volkszeitung» in Herzogen-

buchsee, an der auch Dürrenmatt mitarbeitete. Das sagte ihm immer besser zu, und da ihm auch in Thun politisch begründeter Widerstand erwuchs, gab er 1880 die Schule auf, übernahm den Posten eines alleinverantwortlichen Redaktors und erwarb 1882 auch das Eigentum an der «Berner Volkszeitung» und ihrer Druckerei.

Mit den Konservativen aus der Stadt Bern hatten Dürrenmatt und sein Anhang den Hauptgegner gemeinsam, nämlich die Radikalen. Sonst aber verband die beiden Gruppen wenig, und es gelang nie, Animositäten und ein gewisses Misstrauen zwischen ihnen völlig auszuräumen, nicht einmal für die Zeit, während der sie bei Abstimmungs- und Wahlkämpfen enger zusammenarbeiteten⁹.

Nach der Staatskrise von 1877/78 war es die dringendste Aufgabe der Politiker, die Löcher bei den Staatsfinanzen so gut wie möglich zu stopfen und eine tragfähige Basis für die künftige Entwicklung zu suchen. Finanzdirektor Alfred Scheurer war zwar freisinnig, aber nicht doktrinär und strebte sein Ziel auch durch Massnahmen an, wie sie die Konservativen immer wieder verlangt hatten, nämlich durch strenge Sparsamkeit. Darüber hinaus suchte er zusätzliche Einnahmen durch eine Stempelsteuer, höhere Gebühren für Wirtschaftspatente und höhere Tarife für mancherlei Amtshandlungen, doch fiel ein guter Teil dieses Programms im Mai 1879 bei der Volksabstimmung durch. Ein Jahr später fand dann eine gemilderte Vorlage Gnade, die sich zum Teil mit Anleihen behalf.

Bis diese Zwischenlösung gefunden war, traten die politischen Kämpfe etwas in den Hintergrund. Aber diese Atempause ging spätestens mit den Nationalratswahlen von 1881 zu Ende. Damals konnten die Konservativen als einzigen Sitz jenen des Berner Stadtpräsidenten Otto von Büren halten. Von Büren siegte gegen den Freisinnigen Gottlieb Ott, einen «Eisenbahnbaron», den Ulrich Dürrenmatt schon 1878 in seinen «Bärentalpen» verspottet hatte:

«Wer nur den lieben Ott lässt walten
und hoffet auf ihn allezeit,
dem wird er wunderbar entfalten
der Staatsfinanzen Herrlichkeit.»

Den Wahlkampf führte Ulrich Dürrenmatt in seiner «Berner Volkszeitung» aggressiv und mit grobem Geschütz. Er war 1881 Redaktor, aber noch nicht Eigentümer des Blattes. Seine Geldgeber waren Stadtberner Patrizier, denen Ott nun vorwarf, sie hätten Dürrenmatt zurückbinden müssen. Damit löste er eine Kaskade halb lächerlicher, halb tragischer Vorfälle aus: Verschiedene Politiker, teils im Grade von Obersten, forderten einander zu Duellen heraus, von denen dann aber doch keines stattfand. Wenig später starb Ott auf ungeklärte Weise, als er Ende November 1882, nach der Verwerfung der «Schulvogt»-Vorlage in der eidgenössischen Volksabstimmung, eine Siegesfeier der Stadtberner Konservativen im Kasino durch Radau stören wollte. Er musste nach kurzem Handgemenge weichen und ertrank darauf in einem Seitenkanal der Aare, weil er, nach Angaben der Polizei, betrunken den Weg verfehlt hatte.

Diese Ereignisse liessen zwischen Ulrich Dürrenmatt und den konservativen Patriziern Verstimmung zurück. Der streitbare Journalist sah in der Haltung seiner bisherigen Gönner Schwächlichkeit und begegnete ihnen fortan mit distanziertem Misstrauen. Durch den Erwerb von Verlag und Druckerei der «Volkszeitung» machte er sich 1882 finanziell von ihnen unabhängig. Umgekehrt empfanden die Patrizier Dürrenmatts Schreib- und Kampfweise als grobschlächtig und polemisch. So zeichnete sich die Trennung der beiden Gruppen ab, und es bestand wenig Aussicht auf eine gedeihliche Zusammenarbeit und ein wohlwollendes Einvernehmen zwischen ihnen.

Vorfälle wie die Affären um Gottlieb Ott erregten Aufsehen und förderten die Abneigung gegen derart unritterlich ausgetragene Kämpfe. Dem suchte Regierungsrat Edmund von Steiger entgegenzuwirken, indem er Männer um sich sammelte, die für mehr Fairness, wie man heute sagen würde, in der Politik eintraten. Es waren teils Linkskonservative, teils betont christlich Denkende, namentlich Lehrer an der sogenannten Lerberschule, dem späteren Freien Gymnasium. Aber die beiden Gruppen fanden sich nicht zusammen, weil sie sich nicht darüber einigen konnten, ob ein Parteiprogramm sich ausdrücklich zu pietistisch-orthodoxen

Grundwerten bekennen müsse. Deshalb bildete sich ein «christlich-sozialer Verein», der später in der bernischen Volkspartei aufging, und – um Edmund von Steiger – ein «Verein der Unabhängigen», dessen Anhang jedoch bescheiden blieb und der bei seinem Bemühen um Vermittlung zwischen den traditionellen Parteien wenig eigenes Profil gewann.

Aber schon kurz nach der Staatskrise von 1877/78 brachten die Nationalratswahlen von 1881 und die Grossratswahlen von 1882 dem Freisinn wieder Gewinne und seinen Gegnern Enttäuschungen. Neuen Auftrieb erhielten die Konservativen dafür, als im November 1882 bei einer eidgenössischen Volksabstimmung die «Schulvogt»-Vorlage (auch im Kanton Bern) eine böse Abfuhr erlebte. Sie wollte dem Bund im Bildungswesen auf Kosten der Kantone mehr Einfluss geben. Die Berner Stadtkonservativen kämpften dagegen, weil sie ihre christlichen Bekenntnisschulen wie die Neue Mädchenschule oder das Lerbergymnasium gefährdet glaubten. An ihrer Seite stand Ulrich Dürrenmatt als Föderalist und als Gegner des Urhebers des Plans, des radikalen Bundesrates Karl Schenk.

Nach ihrem Sieg hofften die beiden Gruppen, bei der verbreiteten Missstimmung das freisinnige «System» im Kanton Bern entscheidend zu schwächen, und gründeten in dieser Absicht nach Vorberatungen in Oberburg um den Jahreswechsel 1882/83 die «Bernische Volkspartei». Ihr Programm zielte nicht auf langfristige Lösungen der Probleme von Staat und Wirtschaft, sondern auf rasche Erfolge im politischen Tageskampf. Deshalb appellierte es an die Unzufriedenheit über hohe Staatsausgaben und Steuerlasten, über die Herrschaft von Beamten und Advokaten, über Verarmung namentlich bei Handwerkern und Kleinbauern. Materialistischer Gesinnung, wie sie im Freisinn herrsche, setzte es traditionelle Werte wie Glauben, Arbeitsfleiss und Achtung vor Sitte und Herkommen entgegen, und es schreckte auch nicht zurück vor dem Ruf nach Wiedereinführung der Todesstrafe. Zu den Patriziern hielt es allerdings Distanz, damit die Volkspartei nicht als «Herrenpartei» gelte und auf dem Lande an Zugkraft verliere.

Daneben erhob das Programm auch Forderungen, die in die Zukunft wiesen, etwa das Begehr nach Volkswahl der Regie-

rungs- und der Ständeräte, nach der Gesetzesinitiative im Kanton und dem obligatorischen Gesetzesreferendum im Bund sowie nach einer gerechteren Einteilung der Wahlkreise.

In den einzelnen Landesteilen erschienen neue Zeitungen als Organe der Volkspartei, doch gingen die meisten davon bald wieder ein. Einzig die «Emmentaler Nachrichten» in Münsingen hielten sich länger, entfernten sich aber allmählich von der Linie der Partei. So blieb ihr nur die «Berner Volkszeitung» als einflussreiche Stimme. Ihr Redaktor Ulrich Dürrenmatt gehörte den leitenden Gremien der Kantonspartei zwar erst seit 1885 an. Trotzdem galt er schon vorher als Verkörperung der Partei und wurden ihre Anhänger als «Dürremätteler» bezeichnet. 1891 trat er dann als Präsident an ihre Spitze und blieb bis zu seinem Tod 1908 auf diesem Posten.

Beim Aufbau der Volkspartei wirkte manches improvisiert, und bei den leitenden Organen herrschte ständiger Wechsel. Anstelle des schwerfälligen Apparates leisteten bei Wahl- und Abstimmungskämpfen oft «engere Komitees» die eigentliche Arbeit. In manchen Gegenden gewann die Partei nur mit Mühe Persönlichkeiten, die sich in der Öffentlichkeit exponierten und die neben Ansehen auch organisatorisches Talent mitbrachten. Finanziert wurde die Partei weniger durch regelmässige Mitgliederbeiträge als durch Zuschüsse einzelner von Fall zu Fall, namentlich für Wahl- und Abstimmungskämpfe. So hatte sie trotz Dürrenmatts Popularität wenig Aussicht, auf die Länge eine ebenbürtige Rivalin der Freisinnigen zu werden¹⁰.

2. POLITISCHE UND BAULICHE ÄNDERUNGEN IN DER STADT BERN

Eine Verschiebung der Gewichte im konservativen Lager ergab sich um den Jahreswechsel 1887/88 durch Vorgänge in der stadtbermischen Politik. Die Einwohnergemeinde Bern war als selbständige politische Einheit mit eigener Verwaltung 1832 entstanden und mehr als ein halbes Jahrhundert später im wesentlichen immer noch gleich geordnet wie damals. Patrizier versahen viele der meist

unbesoldeten Gemeindeämter und hatten dadurch bedeutenden Einfluss bewahrt. Doch der Zuzug von aussen her senkte den Anteil der Konservativen an der Bevölkerung und hob jenen der Freisinnigen. Diese riefen nach Reformen, drangen aber nicht in einem einzigen Anlauf durch. 1871 war neben dem Gemeinderat und der Gemeindeversammlung als vorberatendem Organ ein «Grosser Stadtrat», amtlich «erweiterter Gemeinderat» genannt, eingeführt worden. Die Entscheide fällte aber weiterhin die Gemeindeversammlung mit Handmehr, und der Gemeinderat umfasste immer noch 17 ehrenamtliche Mitglieder, welche die Geschäfte in Kommissionen leiteten und nicht in Direktionen, die einzelnen zugeteilt gewesen wären. Die Exekutive der Stadt war also damals ähnlich organisiert wie jene des Gesamtkantons zwischen 1831 und 1846.

Eine weitere Änderung des Gemeindereglementes nahm das Stimmvolk im Dezember 1887 an. Sie brachte das Stimm- und Wahlrecht für alle Einwohner, das Urnensystem anstelle der Gemeindeversammlung und einen 80köpfigen Stadtrat, der vor allem beriet und beaufsichtigte, endgültig aber nur in einem recht engen Finanzrahmen entscheiden durfte. Weitergehendes unterlag der Volksabstimmung. Als Exekutive diente fortan ein Gemeinderat, bestehend aus dem Stadtpräsidenten und 3 ständigen sowie 5 nebenamtlichen Mitgliedern.

Die Neuwahlen vom Jahr 1888 brachten einen Sieg der Freisinnigen. Aus ihren Reihen wurde der Jurist Eduard Müller Stadtpräsident, der dann 1895 für Karl Schenk in den Bundesrat nachrückte. Der «rote Müller» trug seinen Beinamen, weil er als Gerichtspräsident 1877 bürgerliche Angreifer gegen einen Demonstrationszug für ihre Tätigkeiten empfindlich bestraft hatte. Müller löste als Stadtpräsident den konservativen Otto von Büren ab, der die Stadt 24 Jahre lang vorbildlich geleitet und verkörpert hatte.

Das neue Gemeindereglement sah Wahlen mit gedruckten Parteiwahlzetteln vor und erforderte damit von den politischen Gruppen eine straffere Organisation. Das bewog die alten Stadtkonservativen, den «Christlich-sozialen Verein» um Dr. Gottlieb Beck und andere Lehrer des Lerbergymnasiums sowie die «Unabhängigen» um Regierungsrat Edmund von Steiger, sich im Januar 1888 zusammen-

zuschliessen zum «Verein der Vereinigten Konservativen», meist kurz die «Vereinigten Konservativen» genannt. So entstand neben dem Anhang Dürrenmatts im Oberaargau ein weiterer Schwerpunkt konservativer Politik im alten Kantonsteil.

Eine Frucht der Fusion in der Stadt Bern war die Gründung des «Berner Tagblatts» Ende 1888, dessen Redaktion recht gegensätzlichen Erwartungen genügen sollte, welche die verschiedenen Gruppen der «Vereinigten Konservativen» in ihre neue Zeitung setzten.

Der Gegensatz zwischen Radikalen und Konservativen verlor allerdings in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts an Schärfe, und statt weltanschaulicher Unterschiede traten wirtschaftliche Interessen stärker in den Vordergrund. Das hatte sich bereits bei der Eisenbahnpolitik gezeigt, wo die Grossräte einer Partei durchaus nicht immer gleich stimmten. Bei Urnengängen entschied der Souverän auch in traditionell freisinnigen Gegenden öfters gegen die radikalen Kantonalbehörden und damit gemäss der Parole der Konservativen. Umgekehrt gaben bei den Konservativen namentlich die Männer um Regierungsrat Edmund von Steiger die reine Oppositionspolitik gegen den modernen Staat auf und versuchten, mit den Mitteln der Demokratie mitzuhelpen bei der Lösung der neuen wirtschaftlichen und sozialen Probleme.

Aber auch im Freisinn erwarteten Berufs- und andere Interessengruppen immer deutlicher, dass die Partei ihre materiellen Anliegen verfechte, selbst wenn sie damit andere ihrer Mitglieder vor den Kopf stösse. Hatte man solche interne Spannungen und Konflikte bisher innerhalb der Partei ausgetragen, so deuteten sich nun einzelne Abspaltungen an, welche den Verlauf der innenpolitischen Fronten ändern konnten¹¹.

Wie im Kanton, so nahm die Bevölkerung auch in der Stadt Bern zwischen 1800 und 1900 stark zu, doch rührte hier der Zuwachs von der Zuwanderung her und nicht von einem Geburtenüberschuss, und er erfolgte namentlich in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts mit einem Schwerpunkt kurz vor dessen Ende. Um 1818 hatten erst 18 000 Personen in der Stadt Bern gewohnt, 1831 knapp 20 000, 1846 dann 25 000, 1870 rund 35 000 und 1880 gut 43 000.

Ein deutlicher Ruck ergab sich nicht etwa nach der Wahl zur Bundesstadt, sondern später, nach dem Anschluss an das Eisenbahnnetz. Zwischen 1850 und 1860 wuchs die Bevölkerung im Jahr um 0,5 %, zwischen 1860 und 1880 dann aber durchschnittlich um 2 %.

Dieser Bevölkerungsvermehrung entsprach vorerst keine ähnliche Vergrösserung der überbauten Fläche. Um 1818 zählte die Stadt 1612 Häuser, um 1860 erst 1667. Zu den ersten grösseren Bauschüben kam es 1860 bis 1870 (von 1667 auf 2051 Häuser) und 1870 bis 1880 (von 2051 auf 2688). Eine Erweiterung war vorerst nur gegen Westen möglich und wurde erleichtert, als vor allem in den 1830er Jahren die Stadtmauern und Schanzen fielen. So bildete sich allmählich das Länggassquartier. Im Osten, Norden und Süden stiess die Stadt an die Aare, über welche am Jahrhundertanfang nur die Untertorbrücke führte. Als erste Hochbrücke wurde dann 1844 die Nydeggbrücke eröffnet, die dem Verkehr diente, aber im Raum des heutigen Schosshalden- und Obstbergquartiers noch keine stärkere Bautätigkeit auslöste, sieht man ab von einzelnen Villen begüterter Berner, zwischen denen viel Land frei blieb.

Als Professor Wilhelm Snell sich 1834 in der Lorraine niederliess, galt das noch als Wohnsitz ausserhalb der Stadt. Erschlossen wurde jene Gegend, seit von den 1850er Jahren an die Eisenbahn dort durchführte. Man erreichte sie über den damals erstellten Altenbergsteg zwar weniger bequem als heute, aber doch einfacher als zuvor. Damit war die Lorraine zum Aussenquartier der Stadt geworden, wo vor allem Arbeiterwohnungen entstanden¹².

3. DER KAMPF UM DEN CHRISTOFFELTURM

Als Bern zur Bundesstadt aufstieg und kurz darauf an die Eisenbahn angeschlossen wurde, änderte sich sein Aussehen nicht auf einen Schlag. Das Bundesratshaus – das heutige Bundeshaus-West – wurde 1857 seiner Bestimmung übergeben, und ungefähr zur gleichen Zeit entstanden auch der Berna-Brunnen davor und der Bernerhof, ein Hotel, das seit 1923 der Bundesverwaltung dient. Vor diesen Gebäuden zog sich nun die Bundesgasse hin, die aber noch nicht über

den alten Mauerring hinausreichte und an der Christoffelgasse bei der «Kleinen Schanze» ihr Ende fand. Dieser Park erstreckte sich damals noch viel weiter nach Norden als heute und umfasste mehr Raum als die gegenwärtige Anlage.

Zwischen Nydegg und Käfigturm verliefen die Strassenzüge ungefähr wie heute. Zwischen Käfigturm und Christoffelturm dagegen gab es manche Plätze und Gassen, die – anders als jetzt – nicht rechtwinklig aufeinandertrafen, manche Höfe, Werkstätten und verwahrloste Gärten offenliessen und auch wenig vermöglichen Bevölkerungsschichten eine Behausung boten. Damit stand die Rückseite der alten Schauplatzgasse in grellem Kontrast zu den neuen Monumentalbauten für Behörden und Verwaltung der Eidgenossenschaft, und sie schien manchem Anhänger eines «fortschrittlichen» Zeitgeistes zu unansehnlich und zu wenig repräsentativ für die Stadt in ihrer neuen Würde. Solche Kreise wünschten das Prestige Berns zu heben durch imposante Sandsteinbauten auch vis-à-vis der Bundeshäuser und durch eine Verlängerung der Bundesgasse über die «Kleine Schanze» hinaus. So sollte das Stadtbild gegen Westen hin an Eindrücklichkeit gewinnen.

Doch fand auch die alte Form von Bauten und Strassenzügen ihre Verteidiger. Der Streit spitzte sich zu beim Kampf um Erhaltung oder Zerstörung des Christoffelturms, bei dem keineswegs nur Fragen von Architektur, Städtebau und Verkehrsführung mitspielten, sondern ebenso Politik und Weltanschauung, wie es ähnlich schon bei der Schleifung der Grossen Schanze zur Regenerationszeit oder bei Polemiken um den Fall der Stadtmauern von Basel und von Genf geschehen war.

Zu den unversöhnlichsten Feinden des Christoffelturmes zählte Jakob Stämpfli, erst recht, nachdem er 1863 als Bundesrat zurückgetreten war und die Leitung der Eidgenössischen Bank übernommen hatte, deren Gebäude an der Christoffelgasse durch den Turm Licht und Helle einbüsst. An Stämpfli's Seite fochten der freisinnige Kantonsbaumeister Friedrich Salvisberg, aber auch Oberst Albert Kurz, der noch 1850 auf der «Leuenmatte» in Münsingen zu den «schwarzen» Führern gezählt und 1854 die «Fusion» gefördert hatte. Erst nachher rückte er allmählich von den Konservativen weg und

näher zu den Radikalen hin. Er starb im Frühjahr 1864 an einem Herzschlag gut ein halbes Jahr vor dem Abschluss des Kampfes um den Christoffelturm. Die letzte Entscheidung fiel am Donnerstag, den 15. Dezember 1864, von 9 Uhr morgens an bei der Versammlung der Einwohnergemeinde in der Heiliggeistkirche, nachdem jahrelange Debatten und Polemiken mit widersprüchlichen Zwischenergebnissen vorausgegangen waren. Nun sprachen 415 Stimmen für und 411 gegen den Abbruch. Das war um so verwunderlicher, als bei einem vorangehenden Wahlgeschäft der konservative Kandidat mit 351 gegen 318 Stimmen über seinen freisinnigen Rivalen gesiegt hatte. Zwar empfand mancher Zeitgenosse die Angelegenheit als einen Kampf um Alt- oder Neu-Bern, doch schieden sich die Fronten nicht säuberlich nach den politischen Parteien der Konservativen und der Radikalen.

Jedenfalls setzten sich keineswegs alle Burger, nicht einmal alle Patrizier geschlossen und mit voller Kraft für den Christoffelturm ein. Manchen von ihnen schien der Bau eines neuen «Museumsgebäudes» für Konzerte und gesellige Anlässe – das heutige Haus der Kantonalbank am Bundesplatz – dringlicher und der finanziellen Unterstützung eher würdig. Andere waren bereit, den Christoffelturm zu opfern, um im Gegenzug vielleicht einen grösseren Teil der «Kleinen Schanze» erhalten zu können. Übrigens hatten ungefähr zur selben Zeit andere Verluste wertvoller Bauten kaum Aufsehen oder Widerstand ausgelöst, etwa der Abbruch des Marzilitores 1855 oder die Zerstörung des Chorleitners im Münster für die Errichtung einer Tribüne beim eidgenössischen Sängerfest 1864. Dazu kam, dass just damals innere Gegensätze die Burgerschaft spalteten. Aus ihrer Mitte hatte eine Gruppe reformfreudiger Männer um den freisinnigen Nationalrat Rudolf Brunner die Auflösung der Burgergemeinden und ihre Verschmelzung mit den Einwohnergemeinden vorgeschlagen. Zwar scheiterte dieser «Burgersturm» an mannigfachem Widerstand, aber er band Kräfte, die dann bei anderen Auseinandersetzungen fehlten.

Dazu schwand überhaupt der Respekt vor dem Überlieferten, wollten doch zum Beispiel kritische Historiker ungefähr zur gleichen Zeit auch die Führerschaft Rudolf von Erlachs in der Schlacht

bei Laupen ins Reich der Legende verweisen. Und schliesslich war wenig vorher das Hauptwerk Charles Darwins erschienen, aus dem Traditionsgegner ableiten konnten, auch an Bauten sei nicht erhaltenswert, was im «Kampf ums Dasein» unterliege.

Der Abbruch des Christoffelturms wurde sofort vollzogen und war bereits Mitte Januar 1865 abgeschlossen¹³.

4. DIE ERWEITERUNG DER STADT BERN UM DIE JAHRHUNDERTWENDE

Das Wachstum der Stadtbevölkerung von Bern forderte zusätzlichen Wohnraum, der Rang als Bundesstadt Gebäude für Verwaltung, Wirtschaft und Repräsentation. Diese Bedürfnisse sprengten mehr und mehr den Raum des Aarebogens. Zu ihrer Befriedigung bot sich vor allem die Entwicklung gegen Westen an, die nach dem Fall des Christoffelturmes noch leichter wurde als zuvor. In den anderen Richtungen bot der Fluss ein Hindernis, über das zuerst nur die alte Untertorbrücke, dann die niedrigen Übergänge im Altenberg und – seit 1872 – im Dalmazi sowie von 1844 an Berns erste Hochbrücke, die Nydeggbrücke aus Stein, führten.

Ideen für Brücken auch in der Nord-Süd-Richtung tauchten schon kurz nach der Mitte des 19. Jahrhunderts auf, namentlich gegen das Kirchenfeld südlich der Altstadt hin. Pläne einheimischer Unternehmer und Architekten scheiterten vorerst. Doch dann kaufte 1881 die englische «Berne-Land-Company Ltd.» das Kirchenfeld von der Burgergemeinde Bern und verpflichtete sich, auf der unbebauten Weite Strassen nach einem vereinbarten Plan zu erstellen und gratis eine Hochbrücke zu bauen. Die Wahl fiel, auch aus finanziellen Gründen, auf eine Eisenkonstruktion, die erste für eine Hochbrücke über die Aare. Die bernische Firma Ott schuf in weniger als zwei Jahren das Werk, das den Fluss in zwei weiten Bogen überspannte. Im September 1883 wurde es mit einem Volksfest und mit dem ersten bernischen Velorennen eröffnet. Es gab den Zugang frei zu einem Quartier, das vor allem Villen oder Wohnungen für Wohlhabende umfasste, aber auch markante Bundesgebäude

wie die eidgenössische Münzwerkstätte, die eidgenössische Landes-topographie und das Bundesarchiv, das ursprünglich zugleich der Landesbibliothek Unterschlupf bot.

Das Kirchenfeld ist von allen Teilen der Stadt Bern am klarsten nach einem Gesamtplan entstanden und hat mehr gute Bauten aus seiner Entstehungszeit in die Gegenwart retten können als andere, obwohl das Historische Museum am Helvetiaplatz in den 1890er Jahren einen Akzent setzte, der schlecht zu den originalen Ideen passte, die wohl von Architekt Horace Edouard Davinet ausgegangen waren.

Rund ein Jahrzehnt später erhielt auch die Nordseite der Aareschleife eine eiserne Hochbrücke, diesmal auf Rechnung der Stadt selber. Beim zähen Ringen um ihren Brückenkopf über dem linken Ufer siegte schliesslich der Standort beim Kornhaus über jenen beim Waisenhaus. Die neu erschlossenen Gebiete im Spitalacker und im Breitenrain folgten weit weniger einer einheitlichen Bauplanung als zuvor jene im Kirchenfeld. Nun strömte der Verkehr ebenso sehr in der Nord-Süd- wie bisher in der Ost-West-Richtung und schuf sich neue Bahnen, aber auch neue Engpässe und Verwicklungen, namentlich in der Gegend des Zeitglockens.

1910 wurde der Wettbewerb für eine weitere Hochbrücke ausgeschrieben, diesmal zur Lorraine hinüber. Es dauerte jedoch nachher zwanzig Jahre, bis das Projekt von Ingenieur Robert Maillart – in Stein – ausgeführt wurde.

Von der Ausbreitung Berns zeugte es zudem, dass ausserhalb der Altstadt Kirchgemeinden und Kirchen errichtet wurden, 1893 die Johanneskirche für Lorraine und Breitenrain, 1905 die Pauluskirche in der Länggasse und, nach dem Ersten Weltkrieg, die Friedenskirche für Holligen und Fischermätteli.

Die Stadt wuchs also weiter hinaus als zuvor und bedeckte grössere Flächen. Zur gleichen Zeit entwickelte sich auch die Infrastruktur, welche half, die neuen Räume wohnlicher zu gestalten und die grösseren Distanzen zu bewältigen.

1843 entstand im Marzili das erste Gaswerk der Schweiz. Es diente der Gasbeleuchtung, die fortan die Gassen erhellte, bis vom Jahrhundertende an allmählich das elektrische Licht an ihre Stelle

trat. Von den 1860er Jahren an fassten vorerst private Gesellschaften Quellen in der weiteren Umgebung Berns und später auch im Emmental und ermöglichen es, fliessendes Wasser bis in die einzelnen Haushaltungen zu leiten.

Auch bei der Erschliessung von Aussenquartieren für den Verkehr gingen Private voran. Sie eröffneten von den 1880er Jahren an Tramlinien, deren Wagen zuerst von Pferden gezogen wurden, bevor man zur pneumatischen, dann zur Dampftraktion überging. 1899 übernahm schliesslich die Stadt die Tramway-Gesellschaft und begann mit der Umstellung auf elektrischen Betrieb.

Direkter als solche Neuerungen für Versorgung und Verkehr fielen dem Beschauer Wandlungen im Stadtbild und in der Silhouette ins Auge, die den Anblick Berns namentlich gegen Süden hin veränderten.

Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war – angeregt auch durch den damaligen Ausbau des Kölner Doms – der Gedanke aufgetaucht, Bern möge den Turm seines Münsters ebenfalls vollenden und ihn statt mit der bisherigen «Nebelkappe» mit einem Spitzhelm krönen. Dieses Projekt schien just jenen Zeitgenossen angemessen, die den Abbruch des Christoffelturmes als einer Verkörperung von Veraltetem und «Verzopftem» durchgesetzt hatten. Ein Münsterbauverein nahm sich der Aufgabe an, und Ende November 1893 konnte der Schlussstein eingesetzt werden. Der Turm war nach dem Plan von Münsterbaumeister August Beyer in Ulm auf eine Höhe von hundert Metern gewachsen und dominierte nun die Altstadt weit markanter als sein Vorgänger, der sich diskret in ihr Ganzes eingefügt hatte.

Ein ähnlich augenfälliger Blickpunkt erhob sich zehn Jahre später etwas weiter westlich. Hier war an die Stelle des alten Casinos und des alten Inselspitals das Bundeshaus-Ost getreten, und die Lücke zwischen ihm und dem Bundeshaus-West schloss seit 1902 das Parlamentsgebäude mit seiner monumentalen Kuppel, errichtet nach den Plänen des Wiener Architekten Hans Wilhelm Auer.

Die Front der Bundeshäuser schloss seit 1911 das Hotel Bellevue gegen die Kirchenfeldbrücke hin ab, und auf der anderen Seite ihres

stadtseitigen Brückenkopfs gegen das Münster hin erhab sich das 1908 vollendete neue Casino, das weit massiver wirkte als vorher die alte Hochschule am gleichen Ort.

Nicht zur Südfront der Stadt gehörten zwei Repräsentationsbauten, die beide 1903 eingeweiht wurden, das Stadttheater am Kornhausplatz und das Universitätsgebäude auf der Grossen Schanze. Sie spiegelten noch einmal die Fülle bernischen Selbstbewusstseins und bernischer Prestigepflege, die nach dem Bericht der «Basler Nachrichten» auch die Einweihungsfeier für die Universität prägten. Danach formierte sich am 5. Juni 1903 «der überaus malerische Festzug, in dem nichts von eidgenössischem Staatsgedanken zu verspüren war, sondern der Berner Mutz einzig und allein herrschte. [...] Weder die Bundesbureaucratie, noch jemand aus den Räten oder gar aus dem Bundesrat hatte einen Unterschlupf gefunden, ein echt bernischer Föderalismus, der einem offen gestanden imponierte, namentlich in einer Stadt, wo die 'Bundesindustrie' doch die hervorragendste ist, die es überhaupt gibt. Berner Regierungsrat, Berner akademischer Senat, Berner Gemeinderat, Zünfte der Stadt Bern, nur Berner Behörden marschierten, abgesehen von akademischen Ehrengästen, an der Spitze des Zuges. Nous sommes de Berne, das war Trumpf heute und mit Recht»¹⁴.